Niederschrift BAU/018/2006

**über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des
Bau- und Betriebsausschusses der Stadt Rheine
am 01.06.2006**

Die heutige Sitzung des Bau- und Betriebsausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen - und wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzender:

Herr Karl-Heinz Brauer SPD Ratsmitglied

Mitglieder:

Herr Matthias Auth	CDU	Ratsmitglied
Herr Antonio Berardis	SPD	Ratsmitglied
Herr Heinrich Hagemeyer	CDU	Ratsmitglied
Herr Hermann-Josef Kohnen	CDU	Ratsmitglied
Herr Günter Löcken	SPD	Ratsmitglied
Herr Thomas Oechtering	CDU	Sachkundiger Bürger
Herr Dietmar Ostermann	SPD	Ratsmitglied
Frau Theresia Overesch	CDU	Ratsmitglied
Herr Michael Reiske	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Anton van Wanrooy	CDU	Ratsmitglied
Herr Johannes Willems	FDP	Ratsmitglied

beratende Mitglieder:

Herr Karl Schulte	Sachkundiger Einwohner Vertreter für den Beirat für Menschen mit Behinderung
Heinz Werning	Sachkundiger Einwohner Vertreter für den Seniorenbeirat Anwesend bis 18:25 Uhr

Vertreter:

Herr Paul-Dieter Michalski	SPD	Sachkundiger Bürger Vertretung für Herrn Peter Kölker
Herr Josef Niehues	CDU	Ratsmitglied Vertretung für Herrn Johannes Havers Anwesend bis 19:50 Uhr
Herr Tim Peter	CDU	Sachkundiger Bürger Vertretung für Herrn Johannes Havers Anwesend ab 19:50 Uhr
Herr Bernhard Strotmann	CDU	Sachkundiger Bürger Vertretung für Herrn Christian Kai- sel

Gäste:

Herr Jakob Beer	INFA Institut
-----------------	---------------

Verwaltung:

Herr Dr. Ernst Kratzsch	Erster Beigeordneter
Herr Werner Schröer	Fachbereichsleiter FB 5
Frau Claudia Kurzinsky	Produktverantwortliche Neu-, Um- und Erweiterungsbau
Herr Jürgen Grimberg	Produktverantwortlicher Zentrale Gebäudewirtschaft
Herr Hans-Jürgen Gawollek	Fachbereichscontroller FB 5
Herr Hans-Ulrich Welp	Grünflächenunterhaltung FB 6
Herr Udo Eggert	Produktverantwortlicher Betrieb/Unterhaltung FB 6
Herr Michael Netter	Personalrat
Frau Ursula Hartmann	Personalrat
Herr Karl Schirdewahn	Fachbereichsleiter FB 6
Herr Martin Forstmann	Produktverantwortlicher Verkehr
Herr Hermann Gehring	Produktverantwortlicher Stadtent- wässerung
Frau Anke Fischer	Schriftführerin

Enschuldigt fehlten:

Mitglieder:

Herr Johannes Havers	CDU	Ratsmitglied
Herr Christian Kaisal	CDU	Ratsmitglied
Herr Peter Kölker	SPD	Sachkundiger Bürger

beratende Mitglieder:

Herr Osman Ipek
Herr Hartmut Klein
Herr Dr. Lothar Kurz

Herr Brauer eröffnet die heutige Sitzung des Bau- und Betriebsausschusses der Stadt Rheine und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 17 über die öffentliche Sitzung am 11. Mai 2006

Zu Form und Inhalt der o. g. Niederschrift werden weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche vorgetragen.

2. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 11. Mai 2006 gefassten Beschlüsse

Herr Dr. Kratzsch berichtet, dass die Beschlüsse des Bau- und Betriebsausschusses ausgeführt worden seien.

3. Informationen

a) Einladung Verkehrsfreigabe des Radweges Feldkante

Herr Dr. Kratzsch informiert, dass die Einladung für die Verkehrsfreigabe des Radweges Feldkante, am 06.06.2006, an alle Bauausschussmitglieder verteilt wurde.

b) Sporthallenüberprüfung

Herr Dr. Kratzsch verliest eine Stellungnahme vom FB 5 bezüglich der „Statischen Überprüfung der Deckenkonstruktionen in Sporthallen der Stadt Rheine“. Siehe dazu auch **Anlage 1**. Bei einer ersten Inaugenscheinnahme wiesen die Deckenkonstruktionen keine auffälligen Befunde auf. In einem weiteren Schritt

werden die vorhandenen Trägerkonstruktionen ab Juni kontrolliert. Nach Abschluss der Untersuchungen werde im Bau- und Betriebsausschuss detailliert, inklusive einer Fotodokumentation, berichtet.

c) Stadtteilbeirat Schotthock / Ortsbegehung Bergstraße „Neuer Radweg“

Herr Dr. Kratzsch berichtet über eine Radtour, die er mit dem Stadtteilbeirat Schotthock zur Ortsbesichtigung des Neuen Radweges an der Bergstraße unternommen habe.

d) Schmutzwasserkanal –Dille- Verschmutzung durch Beton

Herr Dr. Kratzsch verliest eine Information des FB 6 die sich mit der Verunreinigung des Schmutzwasserkanals „Dille“ durch Beton beschäftigt. Es konnte festgestellt werden, dass durch einen alten, nicht sach- und fachgerecht verschlossenen Hausanschluss, ca. 2 Kubikmeter Beton in den Kanal eindringen konnten. Der Verursacher konnte ermittelt werden. Der Stadt Rheine liegt eine Kostenübernahmeerklärung der R + V Versicherung vor, so dass der Stadt und den Bürgern, keine Kosten durch die Schadensregulierung entstehen. Siehe dazu auch **Anlage 2**.

e) Straßenreinigung – Satzung –

Herr Dr. Kratzsch informiert, dass es den Städten in Zukunft ermöglicht werde, die Straßenreinigungsgebühren neu und eigenverantwortlich festzulegen. Eine Mustersatzung wurde im Mai veröffentlicht. Die Mitarbeiter der Stadt Rheine erarbeiten zurzeit eine entsprechende Vorlage für den Bau- und Betriebsausschuss.

f) Ausbau Neue Stiege – Gespräch mit Anwohnern –

Herr Dr. Kratzsch berichtet, dass es ein sehr konstruktives Gespräch mit den Anwohnern gegeben habe. Herr Schröder stellt die Änderung anhand einer Zeichnung mittels Beamer vor. Es werde eine Rampe eingebaut und die Aufpflasterung werde zur Geschwindigkeitsreduzierung vergrößert. Daneben wird die Pflasterfarbe im Einmündungsbereich geändert. Eine Möglichkeit zur Absperrung der Friedhofsvorfläche werde geschaffen. Bei der Kostenbeteiligung der Anlieger konnte ebenfalls eine Einigung erzielt werden. Ein gerechtes Kostenverteilungsmodell, welches für alle Beteiligten akzeptabel sei, werde für die Zukunft keine Präzedenzfallwirkung haben können.

g) Neubau der Volksbank Nordmünsterland-Mitte

Herr Dr. Kratzsch berichtet, dass die Neubauarbeiten der Volksbank gut voranschreiten. Bei den vorangegangenen Gesprächen, sei eine Einigung für die Gehwegpflasterung erzielt worden. Es soll eine großzügige Pflasterung, mit einheitlichen Steinen entstehen. Bis zum 01.10.2006 soll die neue Pflasterung fertig gestellt sein, da die Volksbank zu diesem Termin mit dem Umzug beginnen wolle. Es werde auch eine gesonderte Parkfläche für Fahrräder geben.

Herr Dr. Kratzsch führt aus, dass es nur eine Firma (Volksbankfläche und städtische Fläche) geben soll, die diese Arbeiten ausführt. Bei den Ausschreibungen werde es zwei Lose geben, da auch noch Restarbeiten am Ring zu tätigen sein.

Herr Kohnen fragt nach, ob die Pflastersteine, die ausgewählt wurden, erheblich teurer sein, als jene, die die Stadt Rheine standardmäßig verwende.

Herr Schröder antwortet, dass die Pflastersteine 30 € pro m² teurer sein, die Volksbank jedoch die Mehrkosten nach jetzigem Verhandlungsstand übernehme.

4. Eingaben

Es liegen weder der Stadt Rheine, noch den Mitgliedern des Bau- und Betriebsausschusses Eingaben vor. .

5. Ausbau der Zollernstraße von Bergstraße bis Servatiistraße

I. Abwägung und Abwägungsbeschluss zu den Eingaben der Anlieger

II. Festsetzung des Ausbauprogramms

Ausbau zweier Gehwegabschnitte im Bereich der Bergstraße

Vorlage: 154/06/1

I/A/2245

Herr Willems gibt an, dass er dem Ausbau nicht zustimme. Seiner Meinung nach, müsse nur der Kanal erneuert werden.

Herr Dr. Kratzsch stimmt dem Kanalneubau zu. Die Zollernstraße an sich habe aber nicht den nötigen Aufbau, den Straßen mit der heutigen Belastung benötigen, so dass häufige Instandsetzungen die Folge wären. Daher sei der Ausbau der Straße erforderlich.

Herr Hagemeier regt an, die Baumaßnahme getrennt zu betrachten. Auch er sehe dass die Straßendecke zu dünn und brüchig sei. Diese müsse erneuert werden. Jedoch die Fußwege und Leuchten könnten bestehen bleiben. Daher sei seine Fraktion der Ansicht, die Straße nur von Bordsteinkante zu Bordsteinkante zu erneuern und die Restlichen Maßnahmen herauszunehmen. Somit wäre das Projekt für die Anwohner erschwinglich.

Herr Löcken gibt zu bedenken, dass viele Straßen in Rheine marode sein. Der Ausbau der Zollernstraße dürfe keine Präzedenzwirkung auf andere Ausbauten haben. Seine Fraktion könne dem Vorschlag der CDU nur zustimmen, wenn die Haftungsfrage für die Zukunft geklärt werde.

Herr Dr. Kratzsch antwortet, dass die Haftung immer bei der Stadt Rheine liege. Es werde jedoch schwierig werden, nur von „Gosse zu Gosse“ die Straße zu erneuern. Durch schwere Baufahrzeuge könnten immer Schäden entstehen, die den Ausbau auch des Fußweges erforderlich machen. Eine Firma für den Ausbau, so wie von der CDU gefordert, zu finden, werde schwierig sein.

Herr Reiske merkt an, dass die Haushaltslage, gerade in den Familien eng ist. Dieser Ausbau der Straße trifft die Anwohner besonders hart. Dennoch müssten die Folgekosten berücksichtigt werden. Er könne nur einem soliden Ausbau zustimmen.

Herr Ostermann gibt noch zu bedenken, dass an manchen Stellen die Gehwegkante so dünn geworden sei, dass diese schnell bei den Bauarbeiten wegbrechen könnte.

Beschluss:

I. Abwägung und Abwägungsbeschluss zu den eingegangenen Anregungen und Bedenken des Ausbau der Zollernstraße von Bergstraße bis Servatiistraße

Die Offenlage der Ausbauplanung zum Ausbau der Zollernstraße von Bergstraße bis Servatiistraße fand in der Zeit vom 20. März bis 4. April 2006 in den Räumen des Fachbereiches 5 statt. Während der Offenlage sind nachfolgende Eingaben seitens der Anlieger eingegangen:

1. Eingabe von fast allen betroffenen Anliegern der Zollernstraße und Servatiistraße

siehe beigefügte Unterschriftenliste der Eingabe, Anlage 1

Kurzform der Eingabe:

- a) Die Zollernstraße ist eine reine Wohnstraße. Sie ist kaum einer Belastung ausgesetzt.
- b) Eine Verkehrsberuhigung war auch in der Vergangenheit nicht nötig. Die Straße wird nur von Anliegern genutzt.
- c) Die Mängel an der Asphaltdecke sind auf Aufbrüche von Kanalbaumaßnahmen zurückzuführen.
- d) Die Ausbaurkosten für die neue Straße würden für fast alle Anwohner eine erhebliche Belastung darstellen.
- e) Viele Anwohner haben in eigener Regie den Gehweg ausgebaut.

Abwägung:

zu a und b:

Die Zollernstraße von Bergstraße bis Servatiistraße ist aufgrund ihrer Verkehrsbedeutung und ihrer Lage im Straßennetz als reine Anliegerstraße einzustufen. Sie befindet sich im Bereich einer Tempo-30-Zone. Nach einem Ausbau wird an dieser Situation nichts verändert. Somit wird den Wünschen der Anlieger entsprochen.

zu c, d und e:

Die Stadt Rheine hat 1978 den Abschnitt der Zollernstraße von Bergstraße bis Servatiistraße von der Siedlungsgesellschaft Altenrheine nach vorheriger Unterhaltung entsprechend der Stadt Rheine übernommen. Die Fahrbahn war zu diesem Zeitpunkt hergestellt. Inzwischen ist die Fahrbahn abgängig und erneuerungsbedürftig. Die Gehwege sind bis auf wenige Quadratmeter befestigt, aller-

dings in unterschiedlicher Qualität und Ausführung. Sie sind ebenfalls erneuerungsbedürftig. Aufgrund des schlechten Zustands ist die Straßenbaumaßnahme eine Erneuerungsmaßnahme im Sinne des Kommunalabgabengesetzes mit 70% Kostenbeteiligung der Anlieger.

Der Bau- und Betriebsausschuss hat im Rahmen der Fortschreibung der Prioritätenliste für den Ausbau von Stadtstraßen, den Ausbau der Zollernstraße für 2006 beschlossen (Vorlage 404/05 vom 1. September 2005).

Anlass dieser Erneuerung ist die Kanalwechslung in der Zollernstraße. Diese ist zwingend erforderlich, weil der Kanal stellenweise schon einbricht. Eine Verschiebung ist daher nicht möglich.

Wie die Untersuchung des heutigen Aufbaus ergeben hat, ist die Asphaltsschicht nur 4 bis 5 cm stark. Danach erfolgt eine Auffüllung mit Schlacke und Bauschutt. Dieser Bauschutt hat eine Kantenlänge bis zu 20 cm. Außerdem ist der vorhandene Asphalt teerhaltig, sodass er einer ordnungsgemäßen Entsorgung/Verwertung zugeführt werden muss. Die Teerhaltigkeit beinhaltet eine polyaromatische Kohlenwasserstoffbelastung (PAK). Es macht aufgrund der vorhandenen PAK-Belastung im Asphalt keinen Sinn, nur im Bereich der Kanalbaugrube den Asphalt auszutauschen, denn dadurch hätte man rechts und links der Baugrube immer noch eine Belastung in der Oberfläche. Bei einer späteren Unterhaltungs- bzw. Erneuerungsmaßnahme führt dies zwangsläufig zu einem Mehraufwand.

Außerdem ist eine Wiederherstellung der Straße nur für den Bereich der Kanalbaugrube schon aufgrund der großen Kantenlänge des Schotters und des Bauschuttes von bis zu 20 cm kaum möglich. Erfahrungen aus der Vergangenheit für den Bereich der Kanalbaumaßnahmen haben gezeigt, dass eine ursprüngliche Wiederherstellung nur der Baugrubenbreite der Straße nicht möglich war, weil die großen Kantenlängen des Unterbaues bei einer Auskofferung zu Hohlräumen führen. Letztendlich wurde dann die gesamte Straße auf Kosten des Kanals erneuert. Hier wurden dann nicht die direkten Anlieger belastet, sondern die Solidargemeinschaft der Kanalbenutzer.

Die von den Anliegern festgestellten Mängel an den Aufbrüchen in der Fahrbahn belegen, dass die Aufbrüche aufgrund der oben beschriebenen Situation nur unzureichend wiederhergestellt werden können.

Die Gehwege sind bis auf wenige Quadratmeter befestigt, allerdings in unterschiedlicher Qualität und Ausführung. Sie sind ebenfalls erneuerungsbedürftig. Bei der Auskofferung der Fahrbahn ist mit Absackungen im Bereich der Bordsteinführung zu rechnen, weil hier die Bordsteine früher nicht in Beton versetzt wurden.

Die Beleuchtung ist ebenfalls völlig unzureichend und entspricht nicht dem heutigen Standard.

Um allerdings die Kosten für die Anlieger so gering wie möglich zu halten, wird ein Teil der neuen Straße vom Kanalbau in Abhängigkeit der Kanalbaugrube mit finanziert, was zu einer Entlastung der Anlieger führt. Daher macht es auch Sinn die Straßenerneuerung gleichzeitig mit dem Kanalbau durchzuführen.

Dem Wunsch der Anlieger nach nur der Herstellung der Kanalbaugrube kann somit nicht entsprochen werden.

2. Eingaben von Anliegern, Anlagen 2 – 10

Kurzform der Eingaben:

Alle unter Punkt 2 aufgeführter Anlieger nannten Teile oder alle Bedenken und Anregungen, wie sie schon unter Punkt I behandelt wurden. Siehe Abwägung zu I.

II. Festlegung des Ausbauprogramms für die Zollernstraße von Bergstraße bis Servatiistraße

Folgende Teileinrichtungen werden neu hergestellt:

- a) Fahrbahn in Asphalt mit Unterbau
- b) Straßenentwässerung mit Anschluss an die Kanalisation

Abstimmungsergebnis:

13	Ja-Stimmen
1	Nein-Stimme
1	Enthaltung

6. Ausbau der Adolfstraße von Luisenstraße bis Heinrichstraße

I. Abwägung und Abwägungsbeschluss zu den Eingaben der Anlieger

II. Festlegung des Ausbauprogramms

Vorlage: 155/06/1

I/A/3000

Herr Hagemeier führt aus, dass die Straßenqualität der Adolfstraße im Gegensatz zu der Zollernstraße erheblich besser sei. Aus Sicht der CDU Fraktion reiche es aus, an der Adolfstraße eine Baugrube zu errichten. Die Baugrube sei nach Beendigung der Arbeiten ordentlich zu verschließen.

Herr Schröder weist darauf hin, dass Herr Hagemeier in einem vergleichbaren Fall in Hauenhorst die Frage an die Verwaltung gestellt habe, warum die Fahrbahn nicht komplett erneuert werde.

Herr Löcken merkt an, dass es sich bei der vorgeschlagenen Lösung um Flickwerk handele, welches Folgekosten nach sich ziehe. Seine Fraktion sei mit dem Ausbau einverstanden, um Instandhaltungskosten zu senken.

Beschluss:

I. Abwägung und Abwägungsbeschluss zu den Eingaben der Anlieger

Die Offenlage der Ausbauplanung zum Ausbau der Adolfstraße von Luisenstraße bis Heinrichstraße fand in der Zeit vom 20. März bis 4. April 2006 in den Räumen des Fachbereiches 5 statt. Während der Offenlage sind nachfolgende Eingaben seitens der Anlieger eingegangen:

1. Eingaben von fast allen betroffenen Anliegern der Adolfstraße

- siehe beigefügte Unterschriften der Eingabe (**Anlage 1**) -

Kurzform der Eingabe:

- a) Die Fahrbahn und Gehwege der Adolfstraße sind in einem ausgesprochen guten verkehrssicheren Zustand. Durch eine notwendige Teilerneuerung der Fahrbahndecke nach den erforderlichen Kanalbauarbeiten wird sich an dem verkehrssicheren Zustand nichts ändern.
- b) Die zur Verkehrsberuhigung geplanten Baumaßnahmen in Form von 4 Fahrbahnverengungen sind aufgrund der bestehenden Parksituation an beiden Fahrbahnseiten wirkungslos und uneffektiv. Die Fahrbahnverengungen gehen zwischen den geplanten Fahrzeugen „verloren“ und haben keinen Einfluss auf das Fahrverhalten. Schon durch die derzeit bestehende beidseitige Parksituation wird ein sehr hohes/ausreichendes Maß an Verkehrsberuhigung erzielt.
- c) Durch den geplanten Bau der Fahrbahnverengungen gehen ca. 20 Parkplätze an beiden Straßenseiten verloren. Die ohnehin schon bestehende Parkplatznot auf der Straße würde sich verschärfen, weil die Mehrzahl der Grundstücke an der Adolfstraße nicht über eigene Stellplätze verfügt. Verschärft wird die Parksituation werktäglich zudem durch den regen Publikumsverkehr beim Wohnungs-Verein Rheine eG.
- d) Mit diesem Schreiben und dem gesonderten, vom Wohnungs-Verein Rheine eG übersandten Schreiben erheben nahezu alle Wohnungs- und Hauseigentümer erhebliche Bedenken gegen die geplante Baumaßnahme. Wir hoffen im Sinne einer bürgernahen und demokratischen Kommunalpolitik, dass unsere begründeten und nachvollziehbaren Bedenken zum Anlass genommen werden, die geplanten Baumaßnahmen der Adolfstraße zurückzunehmen. Für den Fall, dass unsere Bedenken keine Berücksichtigung finden und die Baumaßnahmen wie geplant umgesetzt werden, teilen wir schon jetzt mit, dass wir alle rechtlichen Mittel und Möglichkeiten in Anspruch nehmen werden, um die mit unnötigen, uneffektiven und unzumutbaren Anliegerkosten verbundenen Umbaumaßnahmen zu verhindern.

Abwägung:

Zu a:

Die Fahrbahn der Adolfstraße ist 1938 hergestellt worden. Die Gehwege sind teilweise 1938 und der Rest 1972 hergestellt worden. Die Betonmasten der Straßenbeleuchtung stammen noch aus den 1970er-Jahren und entspricht nicht dem heutigen Standart. Die Straße ist durch die ständige Nutzung abgängig und erneuerungsbedürftig.

Die Abrechnung dieser Straßenbaumaßnahme soll nach KAG erfolgen. Die Straße ist nach dem Verkehrsentwicklungskonzept eine Anliegerstraße. Daher beträgt die Kostenbeteiligung der Anlieger nach KAG 70 %. Der Bau- und Betriebsausschuss hat im Rahmen der Fortschreibung der Prioritätenliste für den Ausbau von

Stadtstraßen den Ausbau der Adolfstraße für 2006 beschlossen (Vorl.-Nr. 404/05 vom 1. September 2005).

Anlass dieser Erneuerung ist die Verbesserung der Kanalhydraulik in der Adolfstraße. Diese ist erforderlich, weil der Kanal von seinem Querschnitt nicht mehr ausreicht. Die Umsetzung der Kanalbaumaßnahme ist in diesem Jahr vorgesehen.

Wie die Untersuchung des heutigen Aufbaus ergeben hat, ist die Asphaltdecke nur 6,00 bis 7,00 cm stark. Danach erfolgt eine Auffüllung mit einer Packlage aus grobem Sandsteinschotter und Hochofenschlacke. Außerdem ist der vorhandene Asphalt teerhaltig, sodass er einer ordnungsgemäßen Versorgung/Verwertung zugeführt werden muss. Die Teerhaltigkeit beinhaltet eine polyaromatische Kohlenwasserstoffbelastung (PAK). Es macht aufgrund der vorhandenen PAK-Belastung im Asphalt keinen Sinn, nur im Bereich der Kanalbaugrube den Asphalt auszutauschen, denn dadurch hätte man rechts und links der Baugrube immer noch eine Belastung in der Oberfläche. Bei einer späteren Unterhaltungs- bzw. Erneuerungsmaßnahme führt dieses zwangsläufig zu einem Mehraufwand. Außerdem ist eine Wiederherstellung der Straße nur für den Bereich der Kanalbaugrube schon aufgrund der groben Packlage kaum möglich. Erfahrungen aus der Vergangenheit im Bereich der Kanalbaumaßnahmen haben gezeigt, dass eine ursprüngliche Wiederherstellung nur der Baugrubenbreite der Straße nicht möglich war, weil die große Kantenlänge des Unterbaus bei einer Auskofferung zu Hohlräumen führt. Letztlich wurden dann die gesamten Straßen auf Kosten des Kanals erneuert. Hier wurden dann nicht die direkten Anlieger belastet, sondern die Solidargemeinschaft der Kanalbenutzer.

Die Gehwege sind augenscheinlich noch in einen befriedigenden Zustand. Bei der Auskofferung der Fahrbahn ist mit Absackungen im Bereich der Bordsteinführung zu rechnen, weil hier die Bordsteine früher nicht in Beton versetzt wurden.

Die Beleuchtung ist ebenfalls völlig unzureichend und entspricht nicht dem heutigen Standart.

Um allerdings die Kosten für die Anlieger so gering wie möglich zu halten, wird ein Teil der neuen Straße vom Kanalbau in Abhängigkeit der Kanalbaugrube mit finanziert, was zu einer Entlastung der Anlieger führt. Daher macht es auch Sinn die Straßenerneuerung gleichzeitig mit dem Straßenbau durchzuführen.

Dem Wunsch der Anlieger nach nur der Herstellung der Kanalbaugrube kann somit nicht entsprochen werden.

Zu b:

Eine örtliche Überprüfung der Parksituation zu verschiedenen Zeiten bestätigte die Angaben der Anlieger. Der Parkdruck ist so hoch, dass die Adolfstraße ständig mit parkenden Fahrzeugen belegt ist. Somit wird den Wünschen der Anlieger entsprochen, und die geplanten Fahrbahnverengungen entfallen.

Zu c:

- siehe Buchstabe b -

Zu d:

- siehe Buchstabe a -

2. Eingaben des Wohnungs-Vereins Rheine eG

Kurzform der Eingabe:

Der Ausbau der Adolfstraße soll bis auf weiteres zurückgestellt werden. Die Straße wird als Anwohnerstraße genutzt, sodass den kleinen baulichen Mängeln keine größere Bedeutung beizumessen ist. Der Straßenausbau würde in dem geplanten Umfang den Wohnungs-Verein Rheine eG finanziell ganz erheblich belasten, weil ihm ein Großteil der Grundstücke im Bereich der Adolfstraße gehört und dieser keine Möglichkeit hat, die Ausbaukosten in irgendeiner Weise an seine Mieter weiterzugeben.

Zu 2:

Wie bereits unter Punkt 1 a notiert, ist die Erneuerung der Straße notwendig, wobei, um Kosten zu sparen, die Straßenerneuerung gleichzeitig mit dem Kanalbau durchgeführt wird.

II. Festlegung des Ausbauprogramms

Der Ausbau der Adolfstraße wird zurückgestellt.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen
 6 Nein-Stimmen

**7. Einziehung eines unbenannten Weges im Ortsteil Elte zwischen Wischmannstraße und Zur Alten Ems
Vorlage: 212/06**

I/A/3230

Es wird festgestellt, dass aufgrund der amtlichen Bekanntmachung gegen die Absicht der Stadt Rheine, den unbenannten Weg im Ortsteil Elte zwischen Wischmannstraße und Zur Alten Ems, Gemarkung Elte, Flur 17, Flurstück 386, einzuziehen, keine Einwendungen erhoben wurden.

Beschluss:

Der unbenannte Weg im Ortsteil Elte zwischen der Wischmannstraße und Zur Alten Ems, Gemarkung Elte, Flur 17, Flurstück 386, wird hiermit gem. § 7 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (StrWG NW) eingezogen, weil eine Verkehrsbedeutung nicht mehr gegeben ist.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

8. Beratung Haushalts- und Investitionsplan 2006 - 2009
Fachbereich 5
Produktgruppen 52 bis 57
Vorlage: 213/06

II/A/1895

Herr Schröder erläutert die Tabellen zum Haushalts- und Investitionsplan. Die Tabellen sind in der **Anlage 3** beigelegt.

Frau Overesch bittet um die Aufnahme von Planungskosten für den Naturwissenschaftlichen Bereich an der Fürstenberg-Realschule.

Herr Dr. Kratzsch erläutert, dass in 2006 keine Planungskosten aufgenommen werden könnten. Die Fürstenberg-Realschule sei 2007 im Haushaltsplan berücksichtigt.

Herr Grimberg erläutert dazu, dass es sich bei der Modernisierung der naturwissenschaftlichen Räumlichkeiten um keine Investitionsmaßnahmen handle. Nach NKF dürften nur Investitionsmaßnahmen im Haushalt ausgewiesen werden, die abschreibungsfähig seien. Die Modernisierung an der Fürstenberg-Realschule sei ein Erhaltungsaufwand, und müsse aus dem Budget der Gebäudeunterhaltung, der Ergebnisrechnung bestritten werden.

Herr Kohnen ergänzt, dass seine Fraktion die Möglichkeit in Betracht ziehen möchte, sobald Gelder aus anderen Projekten zur Verfügung stünden, das Projekt „Fürstenberg-Realschule“ doch noch in 2006 durchzuführen. Das hätte den Vorteil, dass die Umsatzsteuererhöhung nicht ins Gewicht falle.

Herr Dr. Kratzsch antwortet, dass der von Herrn Kohnen beschriebene Wunsch, selbstverständlich umgesetzt werde, wenn Gelder aus anderen Projekten frei würden. Im Übrigen sei diese Verfahrensweise in den letzten Jahren Verwaltungspraxis.

Frau Overesch bittet darum, die zweite Gruppe in der Johannesschule Mesum beizubehalten. Auch wenn in der Johannesschule Mesum keine zweite Gruppe benötigt würde, könne das Geld für eine andere Schule in Rheine Verwendung finden. Erst im August liegen die genauen Zahlen vor, so dass dann entschieden werden kann, ob und wo die Mittel benötigt würden.

Herr Dr. Kratzsch bittet darum den Haushalt nicht mit zuviel Symbolkraft auszustatten. Der Haushalt sei sehr knapp bemessen. Sollte sich herausstellen, dass im neuen Schuljahr eine weitere Gruppe benötigt werde, so könne man die Mittel, die sich auf ca. 9.000,00 Euro belaufen, sicher zur Verfügung stellen.

Frau Overesch bittet diese Aussage von Dr. Kratzsch im Protokoll mit aufzunehmen.

Herr Brauer ergänzt, dass alle Mitglieder des Ausschusses in dieser Angelegenheit bei Bedarf in die Pflicht genommen würden.

Herr Schröder erläutert die Tabellen der Verpflichtungsermächtigungen. Er führt aus, dass für den Neubau Stadtbücherei noch eine Verpflichtungsermächtigung aufgenommen werden müsse.

Herr Löcken führt aus, der im Investitionsplan FB 5 S. 196 aufgeführte Ausbau Sandhaar und Weitkampsweg Mesum, sollte dieses Jahr nicht mehr ausgeführt werden.

Herr Schröder widerspricht, die Anwohner wünschten den Ausbau der Straßen, die Vorbereitungen seien alle getroffen, so dass nichts gegen einen Ausbau spräche.

Herr Hagemeier merkt an, dass die Deckelung auf 1,8 Mio Euro für die Stadtbücherei noch nicht eingearbeitet sei. Dies möchte er noch mit aufgenommen haben.

Herr Dr. Kratzsch führt aus, sollte der Ausschuss auf die Deckelung auf 1,8 Mio Euro bestehen, müssten folgende Maßnahmen herausgenommen werden:

- Ausbau Obergeschoss Lesesaal
- Ausbau Erdgeschoss Wandverkleidung
- Ausbau Erdgeschoss Tresen
- Rolltreppen, Schalldämpfung der Stufen
- Erneuerung der Lüftungsanlage
- Controller in der zweiten oder dritten Stufe herausnehmen

Die Punkte werden genau in der **Anlage 9** im nichtöffentlichen Teil beschrieben.

Herr Hagemeier bittet darum die Standards herunter zu setzen und nicht an den oben genannten Punkten zu sparen.

Herr Dr. Kratzsch antwortet, dass es zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich sei an anderer Stelle Einsparungen vorzunehmen. Es könnte sein, dass nach den Ausschreibungen die 1,8 Mio. Euro erreicht würden.

Herr Niehues führt aus, dass seine Fraktion nicht bereit sei mehr als 1,8 Mio. Euro zur Verfügung zu stellen. Diese Haltung der CDU-Fraktion sei schon lange bekannt. Die Verwaltung habe seiner Meinung nach nicht darauf reagiert, sondern nach wie vor mit Ihren Zahlen gerechnet. Es sei durchaus möglich, das gewünschte Ergebnis auch mit 1,8 Mio. Euro zu erreichen, wenn die Standards entsprechend herabgesenkt würden.

Herr van Wanrooy ergänzt, dass man mit alternativen Ausschreibungen arbeiten sollte um die 1,8 Mio Euro zu erreichen.

Herr Berardis erläutert, dass die Arbeitsgruppe bereits den niedrigsten Standard berücksichtigt habe. Es sollte auf jeden Fall berücksichtigt werden, dass die Bücherei nicht nur funktional, sondern auch attraktiv für Besucher sein soll.

Herr Dr. Kratzsch ergänzt, dass bei allen Punkten bereits die günstigsten und wirtschaftlichsten Möglichkeiten berechnet wurden. Zu einem späteren Zeitpunkt werde man dann über die Ausschreibungen und Materialauswahl versuchen weitere Gelder einzusparen.

Herr Reiske führt aus, dass es seiner Meinung nach möglich sei, eine Deckelung für die Stadtbücherei zu beschließen.

Weiterhin fordert seine Fraktion die Aufnahme von 50.000,00 Euro in den Haushalt, für einen Sachverständigen, der die Stadt Rheine im Bereich erneuerbare Energien berät.

Beschluss:

1. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt die Aufnahme von 50.000,00 Euro in den Haushalt für einen Sachverständigen im Bereich erneuerbarer Energien.

Abstimmungsergebnis:

1	Ja-Stimme
12	Nein-Stimmen
2	Enthaltungen

2. Der Bau und Betriebsausschuss empfiehlt eine Kostenveränderung in Form einer Deckelung von 1,8 Mio Euro für den Ausbau der Stadtbücherei vorzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

8	Ja-Stimmen
6	Nein-Stimmen
1	Enthaltung

3. Der Bau- und Betriebsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, das Budget des Fachbereichs 5 – Produktgruppen 52 bis 57 unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen in den endgültigen Haushalts- und Investitionsplan zu übernehmen; vergl. dazu **Anlage 4**

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**9. Beratung Stellenplan 2006
Feststellung des Personalbedarfes
Fachbereich 5 - Produktgruppen 52 bis 57
Vorlage: 214/06**

II/A/0855

Herr Niehues empfiehlt, eine Stelle bei den Ingenieuren einzusparen damit diese Stelle dann dem RPA zugeordnet werde.

Die CDU-Fraktion ist laut Mitteilung von Herrn Niehues der Meinung, dass die Ingenieursstelle auf Grund der rückläufigen Baumaßnahmen eingespart werden kann.

Herr Dr. Kratzsch weist die Behauptung der CDU-Fraktion entschieden zurück. Derzeit seien, vor allem im Bereich der Schulen, noch sehr viel Baumaßnahmen abzuwickeln.

Herr Schröder ergänzt, dass ein Fachbereich, der eine neue Stelle einrichten wolle, diese zusätzliche Stelle in seinem Fachausschuss nachhaltig begründen

müsse. Der Bedarf müsse im zuständigen Fachausschuss diskutiert werden. Nach seinem Kenntnisstand gehe es dem RPA-Leiter nicht um einen Ingenieur, sondern um einen Fachmann der in der Lage sein muss Bilanzen und Jahresabschlüsse zu prüfen.

Aus der letzten Sitzung des HFA kann Herr Brauer berichten, dass die Mitglieder signalisiert haben, den Stellenplan am 13.06.2006 so zu beschließen, dass eine Stelle aus dem Hoch- und Tiefbauamt gestrichen werde, und dem RPA zugeordnet werden könne.

Herr Löcken erläutert, dass seiner Meinung nach in der heutigen Sitzung ein Beschluss gefasst werden könne. Über die personelle Ausgestaltung dieser Versetzung, müsse zu einem späteren Zeitpunkt diskutiert werden.

Herr Niehues gibt zu bedenken, dass das RPA in Zukunft über die bisherigen Aufgaben hinaus, noch Aufgaben die durch NKF entstehen, wahrnehmen müssten. Daher sei im HFA ein vorläufiger Beschluss gefasst worden, eine Stelle aus dem Fachbereich 5 herauszunehmen und dem RPA zuzusprechen.

Herr Reiske sei ebenfalls der Meinung, dass die Investitionen in den kommenden Jahren zurückgehen würden. Aus diesem Grund sei es notwendig Personal abzubauen.

Herr Dr. Kratzsch erwidert, dass zurzeit der Bedarf noch so groß sei, dass an eine Stellenreduktion nicht zu denken sei. Ganz im Gegenteil, wenn sich die Abschreibungswerte so weiter entwickeln, werde die Stadt Rheine viele Instandhaltungsarbeiten zu bewältigen haben.

Beschluss:

1. Der Bau- und Betriebsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, den als Anlage beigefügten Stellenplan des Fachbereiches 5 – Produktgruppen 52 bis 57 mit folgender Änderung in den endgültigen Stellenplan zu übernehmen:

Minus 1 Stelle EG 11 (vorgesehen für FB 0 – RPA)

2. Der Bau- und Betriebsausschuss stellt fest, dass folgender zusätzlicher Personalbedarf zum im Fachbereich 5 – Produktgruppen 52 bis 57 vorhandenem Personal besteht:

0,5 tariflich Beschäftigte (befristet für 1 Jahr) für die Stelle 5311 „Bauzeichner(in) Verkehrsplanung“

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**10. Produktbereiche 6.1 Verkehrsinfrastruktur/Straßenunterhaltung
- Finanzielle Ausstattung
- Strategische Unterhaltungsplanung
Vorlage: 215/06**

I/B/2378

Herr Eggert führt anhand einer Bildpräsentation in das Thema Straßenunterhaltung ein. Jährlich werden ca. 800 Straßenaufbrüche innerhalb des Straßennetzes von Rheine getätigt, welche die Firmen nur Mangelhaft verschließen. Hierdurch entstehe der Stadt Rheine ein Schaden, da es sich bei den Straßen um Vermögenswerte der Stadt handele.

Herr Dr. Kratzsch erläutert, dass das RPA bereits 2001 darauf hingewiesen habe, wie mit Vermögenswerten der Stadt Rheine zu verfahren sei.

Herr Ostermann merkt an, wenn sich die Mitglieder nicht über Standards verständigen könnten, würden weiterhin Flickwerke wie bei der Adolfstraße entstehen.

Herr Kohnen führt aus, grundsätzlich würden die Leistungen nach VOB erstellt. Danach habe man eine Gewährleistung bei Mangelhafter Arbeit. Es müsste Dokumentiert werden, „Wer, Wann und Wo“ Arbeiten an städtischen Straßen ausführt, so dass im Gewährleistungsfall die entsprechende Firma in Haftung genommen werden könnte.

Herr Löcken führt weitere Beispiele für die Mangelhafte Arbeit an städtischen Straßen auf, die die Bildpräsentation nicht enthielt. Seiner Kenntnis nach, seien an den meisten Aufbrüchen die Stadtwerke beteiligt. Für Gewährleistungsfälle müssten vertragliche Regelungen gefunden werden.

Herr Hagemeiner bedankt sich für die 1. Lesung zu diesem Themenbereich, und bittet um die Ausarbeitung einer weiterführenden Vorlage. Es sollten seitens der Verwaltung weitere Verfahrensvorschläge erarbeitet werden. Das entsprechende Zahlenmaterial nach NKF, muss in den Überlegungen eingearbeitet sein.

Herr Dr. Kratzsch merkt an, dass die Abschreibungen in den Haushaltsansätzen gut berücksichtigt sein. Der Erhaltungsaufwand für die Vermögenswerte werde derzeit noch nicht in den Haushaltsentwurf mit eingebracht. Durch die Befliegung konnten erstmalig, und genau die Straßenverhältnisse festgestellt werden. Dadurch hat die Verwaltung exaktes Zahlenmaterial erhalten, mit dem jetzt zu arbeiten sei. Für die Zukunft sei es notwendig, Standards auch im Bereich der Vermögenserhaltung zu erarbeiten und Gelder dafür zur Verfügung zu stellen.

Herr Eggert ergänzt die Ausführungen, indem er den derzeitigen Ablauf für die Instandsetzung der Straßen beschreibt:

- Die Stadt Rheine beschäftigt zwei Straßenmeister und vier Straßenwärter. Die Straßenwärter fahren die Straßen ab, um Unfallgefahrenstellen festzuhalten und diese an die Reparaturteams weiterzuleiten. Zurzeit werden die entsprechenden Hinweise handschriftlich erstellt.

- Die Straßenwärter können anhand einer Aufbruchliste, die ebenfalls handschriftlich geführt werde, die Straßenaufbrüche kontrollieren.

Da es zwischen den verschiedenen Listen Differenzen gebe, werde derzeit an einer Straßendatenbank gearbeitet.

Ziel sei es verschiedene Bereich so zu vernetzen, dass es den Straßenwärtern auf Knopfdruck möglich sei, Aufbrüche die noch in Arbeit seien, zu kontrollieren. Die Mängellisten sollten per EDV erfasst werden können, damit die Straßenmeister daraus jeden morgen die Einsatzpläne für die einzelnen Teams zusammenstellen können. Hierzu sei die Schaffung von Büroräumlichkeiten für die Straßenwärter, sowie Anschaffung von EDV-Technik nötig.

Herr Schirdewahn führt aus, dass der Werteverzehr im Straßenbereich enorm sei. Bei einer Baumaßnahme müsse nicht nur die Bausumme zur Verfügung gestellt werden, sondern gleichzeitig sollte festgelegt werden, wie viel in die Erhaltung investiert werden muss. Diese Werte sollten dann auch im Haushaltsansatz Enthalten sein.

Herr Eggert ergänzt dazu, dass zurzeit 8 Mio. Euro für die Straßen abgeschrieben würden. Nicht mal 1 % davon stünden für die Straßenerhaltung zur Verfügung.

Beschluss:

Der Bau- und Betriebsausschuss nimmt die Ausführungen der Technischen Betriebe zur Situation im Produktbereich „Verkehrsinfrastruktur“ zur Kenntnis. Die Verwaltung wird beauftragt, Vorschläge zu erarbeiten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**11. Organisationsuntersuchung Produkt 6301-Unterhaltung öffentlicher Grünflächen
Vorstellung der Untersuchungsergebnisse des Infa Institutes Ahlen
Vorlage: 216/06**

I/A/3280

Herr Beer beginnt mit seinen Ausführungen anhand einer Powerpoint Präsentation. Die Folien der Präsentation werden dem Protokoll nachgereicht.

Herr Dr. Kratzsch dankt für die Erläuterungen und eröffnet die Diskussion zu diesem Punkt. Er bittet die Ausschussmitglieder bei der Diskussion zu berücksichtigen, dass die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen gute Arbeit leisten.

Die Auswertung habe gezeigt, dass die Stadt Rheine einige Veränderungen vornehmen müsse. Die Veränderungen können nur in Absprache mit dem Personalrat und den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Technischen Betriebe erarbeitet und besprochen werden.

Die Zersplitterung in einzelne Bezirke sei traditionell gewachsen. Früher sei es sinnvoll gewesen, diese einzelnen Bezirke zu unterhalten. Heute müsse die Bezirkseinteilung neu geregelt werden.

Herr Brauer merkt an, dass es sich bei dieser Präsentation um die 1. Lesung handele, und er davon ausgehe, dass nach der Sommerpause weitere Informationen bzw. Vorlagen zu dem Thema im Ausschuss folgen werden.

Herr Kohnen berichtet, dass seine Fraktion bereits einige Punkte innerhalb der Fraktionssitzungen diskutiert habe. Als Beispiel führt er das Gewächshaus an. Im Rahmen der Diskussion der Heizungserneuerung, habe man innerhalb der CDU-Fraktion über die Wirtschaftlichkeit des Gewächshauses nachgedacht. Seiner Meinung nach würde der Pflanzeneinkauf im Großhandel weitaus günstiger sein.

Herr Kohnen führt weiter aus, dass die Wirtschaftlichkeit der zentralen bzw. dezentralen Stationierung der Gärtner erst geprüft werden müsse. Anschließend müsste mit einer Vorlage im Ausschuss darüber berichtet werden.

Herr Löcken warnt davor, Pauschal ein Urteil zu fällen ohne vorherige Untersuchungen. Er sei nicht der Auffassung, dass es günstiger sei, die Pflanzen im Großhandel einzukaufen und dafür das Gewächshaus abzuschaffen.

Herr Niehues führt aus, dass es notwendig sei die Wirtschaftlichkeit der einzelnen Bereiche festzustellen. Werde z. B. festgestellt, dass die Unterhaltung des Gewächshauses unwirtschaftlich sei, müssten die Blumen in Zukunft dort eingekauft werden, wo sie am günstigsten sein.

Weiter fordert er die Festlegung von Standards. Um ein einheitlich gepflegtes Bild für Rheine zu erzielen, müssten Standards im Bereich der Bepflanzung und Pflege festgelegt werden. Hierzu sei auch eine flexiblere Gestaltung der Arbeitszeit notwendig. Es gebe Zeiten im Jahr, mit höherem Pflegeaufwand und Zeiten mit normal hohem Pflegeaufwand.

In einem weiteren Schritt müsste geprüft werden, ob es für bestimmte Teilbereiche sinnvoll wäre, diese zu Privatisieren.

Herr Dr. Kratzsch bittet die Ausschussmitglieder, die Verwaltung in dem Ziel zu unterstützen, dass die traditionell gewachsenen Bereiche so zu optimieren, dass sie für Rheine wirtschaftlich arbeiten können. Erst wenn dieses Ziel mit Hilfe von Standards und Controlling erreicht sei, kann über die Vergabe von Teilbereichen in die Privatwirtschaft nachgedacht werden.

Herr Hagemeyer beschreibt seine guten Erfahrungen mit der „Ein-Mann-Kolonie“ in Hauenhorst. Er fragt nach, welche Erfahrungen andere Kommunen gemacht haben, und wie die groß eine Kolonie in der Regel sei.

Herr Brauer fasst zusammen, dass es oberstes Ziel sein müsse Standards festzulegen und diese umzusetzen.

Herr Beer erläutert noch mal einige Punkte, die in der Diskussion zu Fragen geführt hatten:

1. Standards festzulegen sei notwendig, damit auch die Mitarbeiter ein klares Ziel und Kontrollmöglichkeiten haben.

2. Der Punkt Pflege allgemein müsse stärker unterteilt werden. Zurzeit fallen viele Arbeiten unter den Punkt, die eigentlich ein eigener Bereich sein könnten.
3. Um die Kolonnengröße festlegen zu können, müssten die Aufgaben genau definiert werden, um festzulegen mit wie viel Personen die Aufgabenerledigung erfolgen muss. Z. B. die Kontrolle der Spielplätze sollte nicht zu zweit durchgeführt werden. Diese, hauptsächlich visuelle Aufgabe, könnte eine Person z. B. bei der Papierkorbentleerung übernehmen. Würden dann Schäden festgestellt, muss der Mitarbeiter entscheiden ob er den Schaden alleine beheben kann. Andernfalls müsste er via Handy Kollegen anfordern.
4. Die Wirtschaftlichkeit des Gewächshauses, wird besonders dann in Frage gestellt, wenn Investitionen getätigt werden müssen. Dann ist der Zeitpunkt gekommen, um zu prüfen ob das Gewächshaus noch zeitgemäß ist.

Herr Berardis gibt zu bedenken, dass bei der Festlegung der Standards darauf geachtet werden müsse, dass diese nicht zu weit unten angesiedelt sein. Rheine setzt auf den Tourismus, und gerade für Besucher ist der optische Eindruck mit entscheidend für die Wahl eines Erholungs- bzw. Urlaubsortes.

Herr Dr. Kratzsch merkt an, dass lediglich die Festlegung der Standards in den Zuständigkeitsbereich des Bau- und Betriebsausschusses fallen würde. Wie diese Standards dann umgesetzt werden, sei seine Angelegenheit in Zusammenarbeit mit dem Personalrat.

Beschluss:

Der Bauausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung zur Umsetzung der vom INFA Institut aufgezeigten Optimierungsmöglichkeiten für das Produkt 6301 - Unterhaltung öffentlicher Grünflächen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

12. Beratung Haushalts- und Investitionsplan 2006 - 2009 Fachbereich 6 - Technische Betriebe Vorlage: 217/06

III/A/0915

Herr Schröder ergänzt zwei Tabellen im Bereich Stadtentwässerung, die als **Anlage 5** beigefügt werden.

Die Vorlage für das Regenrückhaltebecken Stadtpark konnte nicht rechtzeitig vorgelegt werden, daher informiert Herr Schröder den Ausschuss mündlich über den Inhalt der Vorlage. (**Anlage 6**)

Herr Löcken merkt an, dass vor zwei Jahren die Schulerweiterung über die Kanalbenutzungsgebühren finanziert worden sei. In diesem Jahr soll ein neues Projekt darüber finanziert werden. Das gehe nicht so weiter. Durch die Verschiebung von Geldern werde Vermögen aller Bürger zerstört.

Beschluss:

Der Bau- und Betriebsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, das Budget des Fachbereichs 6 Technische Betriebe unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen in den endgültigen Haushalts- und Investitionsplan zu übernehmen (**Anlage 7**).

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**13. Beratung Stellenplan 2006
Fachbereich 6 - Technische Betriebe
Vorlage: 218/06**

III/A/0857

Beschluss:

1. Der Bau- und Betriebsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine den als Anlage beigefügten Stellenplan des Fachbereiches 6 – Technische Betriebe in den endgültigen Stellenplan zu übernehmen.
2. Der Bau- und Betriebsausschuss stellt fest, dass im Fachbereich 6 – Technische Betriebe folgender Personalbedarf besteht:

1,0 tariflich Beschäftigte(r)	EG 4	Abwasserbeseitigung
1,0 tariflich Beschäftigte(r)	EG 5	Abwasserbeseitigung
1,0 tariflich Beschäftigte(r)	EG 4	Straßenunterhaltung
1,0 tariflich Beschäftigte(r)	EG 5	Straßenunterhaltung
1,0 tariflich Beschäftigte(r)	EG 4	Grünflächenunterhaltung

Abstimmungsergebnis: einstimmig

14. Einwohnerfragestunde

Es folgen keine Wortmeldungen.

15. Anfragen und Anregungen

a) Unkrautbekämpfung an der Unterführung Mesum

Herr Peter bittet darum, dass das schon sehr hoch wuchernde Unkraut an der Unterführung in Mesum zu entfernen. Auf der Insel davor sei das Unkraut entfernt worden, rechts und links daneben nicht.

Weiterhin weist er darauf hin dass an der Mesumer Straße eine tote Eiche stehen würde, die mit der Zeit eine Gefahr für den Verkehr darstellen könnte.

Herr Eggert antwortet, dass es keine wirksame Unkrautvernichtungsmöglichkeit gebe. Das spritzen von Unkrautvernichtungsmitteln sei verboten.

b) Verkehrsregelung für den 1. Samstag im Monat – Wertstoffanlieferung am Bauhof –

Herr Willems weist darauf hin, dass die Autoschlange zur Sondermüllentleerung am Samstag bis runter zum Bauzentrum Dahlhoff gewesen sei. Er fragt nach ob es zur Verkehrsberuhigung andere Möglichkeiten gebe, als nur die eine Anlieferung pro Monat.

Herr Schirdewahn antwortet, dass die Bürger den Wertstoffhof sehr gut annehmen würden. Er erläutert, dass die Bürger ca. 40 Stunden die Woche zeit hätten ihren Müll an Bauhof abzugeben.

Er ergänzt, dass demnächst keine Abgaben an den Kreis Steinfurt mehr für die Entsorgung des Elektromülls anfallen. Dadurch können 160.000,00 Euro pro Jahr eingespart werden.

c) Wasserlöcher Willers Kamp

Herr Brauer fragt nach, ob die Wasserlöcher gefüllt würden, da es zu dieser Thematik einen Leserbrief gegeben habe.

Herr Dr. Kratzsch sagt zu, dass die Straßen am Willers Kamp in der nächsten Zeit ausgebaut werden.

Ende des öffentlichen Teils: 20:35Uhr

Karl-Heinz Brauer
Ausschussvorsitzender

Anke Fischer
Schriftführerin